

SPD zum "Königskamp": Jetzt müssen die Chancen für die Zukunft genutzt werden-Schwarzmalen hilft Niemandem

Pressemitteilung des SPD-Ortsvereins der Gemeinde Everswinkel vom 23.10.2013

SPD-Fraktion fordert: Symbiose aus Werterhaltung und Neuwertschaffung

"Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) bietet eine einmalige Chance die Zukunft Alverskirchens, aber auch die Zukunft des Münsterlandes neu zu gestalten. Denn es gebietet uns allen einmal kurz inne zu halten und die weitere Planung genau zu überdenken. Wir brauchen neue Lösungen kein ‚weiter so‘ und Schwarzmalen hilft erst recht Niemandem", damit beginnt eine Pressemitteilung der SPD-Fraktion aus Everswinkel.

"Zunächst möchte die SPD-Fraktion noch einmal klarstellen, dass sie sich immer der Notwendigkeit, auch weiterhin Bauland für interessierte Alverskirchener Bürger bereit zu stellen, bewusst war und dies auch immer so vertreten hat. Nachzulesen in den Ausschussprotokollen und den Pressemitteilungen der vergangenen Jahre", wird die SPD-Beschlusslage zu den Baugebieten Alverskirchens in den letzten Jahren erläutert.

"Der Bescheid der Bezirksregierung zum ‚Königskamp‘ aus 2010 stellte fest, dass Baugebiete in Alverskirchen nur zur Deckung des Wohnbaubedarfs der im Ortsteil ansässigen Bevölkerung und deren natürlicher Entwicklung genutzt werden dürfen.

Die Bezirksregierung bezieht sich dabei auf den Regionalplan, der von allen im Regionalrat vertretenden Parteien (mehrheitlich dominiert von der CDU) verabschiedet wurde. Genau auf diesen Zusatz aus den Bescheiden der Bezirksregierung hat die SPD unter den Fraktionsvorsitzenden Dr. Wilfried Hamann und unter seinem Vorgänger Wolfram Kötting die ignorierende Allianz, bestehend aus Gemeindeverwaltung, CDU und FDP, immer wieder hingewiesen. Doch diese wollten nicht zuhören, sondern führten stattdessen in den politischen Ausschüssen eine Diskussion darüber, wie z.B. zuletzt das neue Baugebiet Königskamp möglichst attraktiv für das gesamte Münsterland gestaltet werden könnte. Jetzt hat das OVG in seinem Urteil auf den eklatanten Verstoß gegen das Gesetz und den daraus resultierenden Zusatz hingewiesen", heißt es da weiter. "Und was tun die Mitglieder der oben erwähnten Allianz? Statt sich nun um die Einhaltung der Gesetze zu kümmern, gehen sie hin und versuchen der Bevölkerung einzureden, das Urteil sei nicht nachvollziehbar und das Gericht habe sich um 180 Grad gedreht. Dabei hatte das OVG bisher inhaltlich überhaupt nichts entschieden.

Die CDU geht sogar so weit, den hilflos wirkenden Eindruck zu erwecken, man könne über Landtagsabgeordnete in Düsseldorf, Münster und Warendorf noch Einfluss auf die Bedeutung des Urteils nehmen. Die Mehrheitsbeschaffer für diese grandiose Fehlentscheidung im hiesigen Rat stellen sich nun hin und wollen ihre eigene Verantwortung nicht eingestehen, sondern versuchen vom bewussten Verstoß gegen den Regionalplan auch noch abzulenken. Dabei malen sie zu-dem noch ein katastrophales Zukunftsbild für Alverskirchen und das gesamte Münsterland, dass nur sie abwenden könnten. So wird behauptet, dass durch das ergangene Urteil in den kleinen Gemeinden das Licht ausgeht und sogar der gesamte ländliche Raum in Gefahr ist", beschreibt die SPD-Fraktion ihre seit Freitag vergangener Woche gewonnenen Eindrücke.

"Aber dieses Urteil bietet für uns auch eine enorme Chance, denn es gibt uns die Möglichkeit über eine zukunftsweisende Entwicklung nachzudenken. Vor dem Hintergrund einer stetig sinkenden Gesamtbevölkerung brauchen wir andere Lösungen", wagt die SPD einen Ausblick in die Zukunft. "Natürlich müssen wir auch weiterhin Bauland für Bauwillige aus Alverskirchen vorhalten. Aber die Lösung für die zukünftige Entwicklung kann nicht der Versuch sein, den anderen Kommunen im Umfeld die Einwohner abzuwerben. Mit solchen Lösungsmodellen aus dem letzten Jahrhundert erleiden wir, vor dem Hintergrund der sich verändernden Rahmenbedingungen, alle Schiffbruch", so die feste Überzeugung der SPD.

"Ständiges Ausweisen neuer Baugebiete bei gleichzeitigem Rückgang der vorhandenen Bevölkerung führt zwangsweise zu Leerstand und Wertverlust der vorhandenen Immobilien. Dies wiederum hat dann schnell eine Verödung der Ortskerne zur Folge, wodurch diese unattraktiv werden. So geht dann der erhaltenswerte dörfliche Charakter einer Kommune verloren, der ursprünglich einmal das wichtigste Pfund der münsterländischen Parklandschaft war", heißt es da weiter. Und genau dort liegt die Chance dieses Urteils.

Wir sollten nun dafür sorgen, dass die Möglichkeiten geschaffen werden auch zukünftig verträglich Bauland auszuweisen und gleichzeitig der Erhalt des dörflichen Umfeldes unter Werterhalt der vorhandenen Bausubstanz erreicht wird. Unter dem Motto "Jung kauft Alt" sollten Interessierte beim Erhalt alter Bausubstanz unterstützt werden. Eine andere Option kann der Ersatz alter unrentabler Gebäude durch Neubauten sein, unter Beibehalt des Dorfbildes. Bei zusätzlichem Bauland sollte vorrangig die Möglichkeit einer Nachverdichtung innerhalb des bereits vorhandenen Baubestandes berücksichtigt werden. „Die SPD wünscht sich für die Zukunft eine Symbiose aus Werterhaltung und Neuwertschaffung“, lädt die SPD-Fraktion alle ein, auf der Suche nach einer tragfähigen Lösung mitzuarbeiten.